

1.1 Aufforderung zur Angebotsabgabe

- (zu 5) Bei Fachlosvergaben von Fahrzeugrückhaltesystemen ist der Nachweis der geforderten „Technischen Kriterien für den Einsatz von Fahrzeugrückhaltesystemen in Deutschland“, durch Einzelnachweis oder Bezugnahme auf die von der BASt veröffentlichte „Technische Übersichtsliste für Fahrzeug-Rückhaltesysteme in Deutschland“ vor Zuschlagserteilung einzuholen. Hierfür ist in Abschnitt 3 des Vordrucks „E BW HVA B-StB Vorzulegende Unterlagen“ folgender Text vorgegeben: „*Nachweis der im Rahmen des konkreten Beschaffungsvorgangs von der Beschaffungsstelle geforderten „Technischen Kriterien für den Einsatz von Fahrzeugrückhaltesystemen in Deutschland“, veröffentlicht auf der Homepage der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt), durch Einzelnachweis oder Bezugnahme auf die von der BASt veröffentlichte „Technische Übersichtsliste für Fahrzeug-Rückhaltesysteme in Deutschland.“* Bei allen anderen Vergaben braucht der Nachweis der Erfüllung der Anforderungen des Einsatzfreigabeverfahrens erst nach Zuschlagserteilung aber vor dem Einbau gefordert werden. Siehe hierzu auch ZTV-FRS Ausgabe 2013/Fassung 2017 Abschnitt 5.
- (zu 5) Bei Fachlosvergaben von Markierungsarbeiten ist der Nachweis der Qualifikation des Personals vor Zuschlagserteilung einzuholen. Es ist sicherzustellen, dass bei der Applikation von vorübergehenden und endgültigen Markierungen eine geschulte und geprüfte Fachkraft für Fahrbahnmarkierungen des eigenen Betriebes anwesend ist. Hierfür ist in Abschnitt 3 unter „Leistungsbezogene Unterlagen“ des Vordrucks „E BW HVA B-StB Vorzulegende Unterlagen“ folgender Text aufzunehmen: „*Bieter müssen die Qualifikation der geprüften Fachkraft für Fahrbahnmarkierungen gemäß der „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen“ (ZTV M) auf Verlangen nachweisen. Bei ausländischen Bietern wird ein gleichwertiger Qualifikationsnachweis verlangt.*“ Bei allen anderen Vergaben braucht der Nachweis der Qualifikation des Personals erst nach Zuschlagserteilung aber vor dem Einbau gefordert werden. Siehe hierzu auch ZTV-M Ausgabe 13 Abschnitt 10.
- (zu 5) Bei Fachlosvergaben von Markierungsarbeiten ist der Nachweis der Qualifikation der Unternehmen vor Zuschlagserteilung einzuholen. Es ist sicherzustellen, dass nur Unternehmen mit der Applikation von endgültigen Markierungen beauftragt werden, deren Maschinen, Geräte und Personal nachweislich die Anforderungen der ZTV erfüllen. Hierfür ist in Abschnitt 3 unter „Unternehmensbezogene Unterlagen (Bestätigung der Eigenerklärungen)“ des Vordrucks „E BW HVA B-StB Vorzulegende Unterlagen“ folgender Text aufzunehmen: „*Bieter müssen die Qualifikation ihres Unternehmens gemäß „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen (ZTV-M)“ auf Verlangen nachweisen. Bei ausländischen Bietern wird ein gleichwertiger Qualifikationsnachweis verlangt.*“ Bei allen anderen Vergaben braucht der Nachweis der Qualifikation der Unternehmen erst nach Zuschlagserteilung aber vor dem Einbau gefordert werden. Siehe hierzu auch ZTV-M Ausgabe 13 Abschnitt 11.

- (zu 5)** Bei allen öffentlichen Aufträgen über 20.000.- € netto des Landes Baden-Württemberg, der kommunalen Auftraggeber sowie sonstiger öffentlicher Auftraggeber, die in Baden-Württemberg Aufträge vergeben, ist im Vordruck unter D die Verpflichtungserklärung anzukreuzen und beizufügen.
- (zu 5)** Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist eine Verordnung der EU zur Regelung der Verarbeitung personenbezogener Daten. Seit dem 25. Mai 2018 sind die Vorschriften des DSGVO anzuwenden. Die DSGVO ist auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu beachten. Zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben im Vergabeverfahren ist insbesondere die Informationspflicht gemäß Art. 13, 14 DSGVO zu beachten. Sobald die Vergabestelle (Verantwortliche i. S. d. DSGVO) personenbezogene Daten erhebt, muss sie die Betroffenen gemäß Art. 13, 14 DSGVO informieren. Diese Informationspflicht besteht auch, wenn die Betroffenen in die Datenverarbeitung eingewilligt haben. Weitere Erläuterungen können der DSGVO sowie dem LDSG und dem BDSG entnommen werden. Für die meisten Vergabeverfahren im Bereich der VOB/A bzw. VOB/A EU werden keine personenbezogenen Daten erhoben. Ausnahmen können vorliegen, wenn über die Eigenerklärung zur Eignung bzw. die Präqualifizierung hinaus innerhalb des Vergabeverfahrens Angaben z. B. zu Ausbildungsnachweisen oder Namen von Personen des Bieters gefordert werden. Bei allen öffentlichen Aufträgen ist, wenn personenbezogene Daten im Vergabeverfahren erhoben werden sollen, das Muster eines Datenschutzhinweises gem. diesem Handbuch zu verwenden. Dieses ist durch die individuellen Angaben der jeweiligen Vergabestelle entsprechend zu ergänzen und als Vordruck unter B als „Datenschutzhinweis“ einzutragen, anzukreuzen und beizufügen.
- (zu 9)** Die Vergabestellen können gemäß § 8 bzw. § 8 EU VOB/A festlegen, ob Nebenangebote nach dem alleinigen Zuschlagskriterium „Preis“ oder einem weiteren Zuschlagskriterium zugelassen werden.
- (zu 13)** Im Vergabemanager der AI AG ist die elektronische Angebotsabgabe in Textform, mit fortgeschrittener und mit qualifizierter Signatur/Siegel anzukreuzen.